

Gerhard Schick: Bank oder Casino - Was passiert mit unserem Geld?

Stadtwerke Fellbach, Ringstraße 5,
Dienstag, 10.9.2013; 19: 30 - 21:45

Dr. Gerhard Schick ist Diplomvolkswirt und promovierter Finanzwissenschaftler. Diese Fähigkeiten haben ihn in die entsprechenden parlamentarischen Gremien geführt: Er ist finanzpolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion, Mitglied im Finanzausschuss, stellvertretendes Mitglied des Haushaltsausschusses und Mitglied im Finanzmarktgremium zur Kontrolle des Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Als Hauptursache der gegenwärtigen Finanzkrise gilt ihm die Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft in den westlichen Industrienationen. So stiegen z.B. die Umsätze der Finanzbranche im England der 90er Jahre um ein dreifaches im Vergleich zur Realwirtschaft. Auch die Bankgehälter stiegen seit den siebziger Jahren, als sie ungefähr im vergleichbaren Qualifikationsrahmen lagen, gewaltig an und lagen bis 2006 in den USA 60% über den Gehältern in der allgemeinen Wirtschaft. Diese Entwicklung führte zur Finanzblase, die durch die Finanzkrise 2007/2008 platzte.

Für eine stabile Wirtschaftsentwicklung müsste das Verhältnis von Finanzwirtschaft zu Realwirtschaft ausgeglichen sein. Die Entwicklung der letzten 30 Jahre zeigte aber einen Anstieg der Finanzwirtschaft von 160% Vorsprung auf 300%. Die auf dem Finanzmarkt benötigten Zinsen allerdings müssen in der Realwirtschaft erzielt werden, was verständlicherweise immer wieder zu Krisen führt, da die Entkopplung nicht endlos fortgesetzt werden kann. Deshalb ist jede **Finanzkrise eine Schuldenkrise** und gleichzeitig eine **Vermögenskrise**, denn die Schulden des einen sind das Vermögen des anderen. So sind Bundesschatzbriefe z.B. Schuldverschreibungen des Staates und gleichzeitig Vermögen der Anleger in Bundesschatzbriefe. Wenn die Schuldenmengen nicht mehr die Kraft haben, das dahinterstehende Vermögen abzubilden, dann verliert das Vermögen an Wert. So zeigte die Pleite der hochverschuldeten US-Stadt Detroit die Verletzlichkeit des Systems, hier hat z.B. die WestLB als Geldgeberin viel Geld verloren. Ganz allgemein musste Deutschland im Zuge der Finanzkrise zahlreiche Exporte abschreiben. So führen überhöhte Schulden automatisch zu einem Kippen des Finanzsystems.

Weiterhin ist jede **Finanzkrise auch eine Verteilungskrise**. Betrachtet man den Anteil der reichsten 1% der Bevölkerung am Volkseinkommen, so sieht man krisenhafte Entwicklungen entstehen: 1928 kurz vor der Weltwirtschaftskrise betrug dieser Vermögensanteil 24%. Durch den New-Deal der dreißiger Jahre und die sozialstaatlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit sank dieser Wert von den 50er bis 70er Jahren auf 9% um in Zuge der neoliberalen Wirtschaftsreformen unter z.B. Thatcher und Reagan wieder auf 24% im Jahr 2007 anzusteigen.

Da die Staatsverschuldung im Zuge der aktuellen Finanzkrise ungebrochen anhält, wenn auch kosmetisch kaschiert durch laufende, schuldfinanzierte Interventionen, gibt es nur folgende Wege aus der Finanzkrise: Die **Entkopplung von Finanz- und Realwirtschaft muss beendet** werden durch **starke Regulierung der Finanzwirtschaft** und zweitens muss die **Vermögensverteilung wieder ausgeglichener** werden durch **Steuerungsumverteilungen**.

1. Als Beispiel für notwendige Regulierungen können Inhaberschuldverschreibungen oder Derivate dienen, die etwa verantwortlich zeichnen für die Lehman-Pleite 2009. Die Zahl an **intransparenten Finanzprodukten** lag vor der jüngsten Krise nach Untersuchung der GRÜNEN bei ca. 100.000, nach der Krise sind es weit über eine Million. Alle Versuche hier mehr **Transparenz beim Derivatehandel** zu schaffen scheiterten an der „parlamentarischen Vertretung der Finanzwirtschaft“, der FDP; die sich fortgesetzt gegen eine strengere Regulierung des Derivatehandels stark macht.

2. Als Beispiel für **kommunale Spekulationsverluste** aus Deutschland kann die Stadt Pforzheim dienen. Sie verlor 57 Mio. € durch Spekulation mit Finanzprodukten. Nach Schätzungen von Schick beträgt der Vermögensschaden für deutsche Kommunen insgesamt mindestens 1 Mrd. Euro. Eine **Aufklärung**

dieser Fälle und die Schaffung von **Schranken für kommunale Investitionstätigkeit** ist eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode. Sie wird aber nur unter rot-grüne stattfinden können.

3. Ein weiteres Feld der Verbesserung ist der sogenannte **Hochfrequenzhandel**. Darunter versteht man den durch Computertechnik automatisierten Handel von Finanztiteln im Millisekundenbereich. Das Argument der Branche, diese Technik führe zu einer erhöhten Liquidität lässt Schick nicht gelten, den kein normales Unternehmen braucht Liquidität im Millisekundenbereich. Im Gegenteil zeigten einige Fälle aus der Vergangenheit, dass unerklärliche Prozesse zum Absturz von an sich ungefährdeten Börsentiteln geführt haben. Die Risiken übersteigen den Nutzen bei weitem. Die **grüne Forderung, die Haltefrist auf mindestens zwei Sekunden** zu verlängern, wurde von der CDU/FDP nicht berücksichtigt bei ihrem Versuch, den Hochfrequenzhandel zu reglementieren.

4. Notwendig ist eine **Schuldenbremse für Banken**: Der größte Posten in Bankbilanzen sind Kredite bei anderen Banken. Deshalb führte die Finanzkrise auch zu Dominoeffekten in der Finanzwirtschaft. Eine Pleitebank zog die nächste mit. Lösen ließe sich dieses Problem durch eine höhere Eigenkapitaldecke. Während die Realwirtschaft eine Eigenkapitalquote von durchschnittlich 25% aufweist, liegen deutsche Banken im Schnitt bei 4,3%, die Deutsche Bank gar nur bei 2,7%. Das bedeutet, dass die deutsche Finanzwirtschaft zu über 95% fremdfinanziert ist. Im Zuge der Bankreform unter Basel II wurde das Instrument der risikogewichteten Eigenkapitalbestimmung eingeführt, das zwar letztendlich rechnerisch zu einer höheren Eigenkapitalausstattung führt, letztendlich aber keine höhere Kapitalisierung der Banken bewerkstelligte. Das Risikokapital sank so für die deutschen Banken bei einer Bilanzsumme von 4 Bio. auf letztlich 400 Mrd. €. Alles letztendlich nur Zahlen-Kosmetik. Nach Ansicht der GRÜNEN brauchen die deutschen Banken eine höhere **Eigenkapitalausstattung von kurzfristig mindestens 3%, mittelfristig 5% , langfristig 10% der Bilanzsumme**. 3% fordert auch die Bankenreform Basel III, diese Erhöhung wurde aber von der CDU/FDP-Regierung verhindert. In Kanada hat die dortige 5%-Eigenkapitalquote dazu geführt, dass in der Finanzkrise keine Steuermittel zur Bankenrettung eingesetzt werden mussten. Auch im vielgescholtenen England ist die Bankenregulierung schon wesentlich weiter als in Deutschland.

5. Eine weitere Reform ist notwendig bei der Anlageberatung. Eine **Informationspflicht über die genauen Anlagegegenstände muss auch eine ethische Komponente** bei der Geldanlage ermöglichen. Der Anleger soll wissen, ob er seine Dividenden mit Waffenhandel oder Kernkraft z.B. verdient. So darf man heutzutage immer noch Anleihen an Firmen zeichnen, die mit international geächteten Streumunition oder Landminen ihr Geld verdienen. Eine entsprechende Verbotsinitiative von SPD und GRÜNEN hat die CDU/FDP Regierung abgelehnt. Sie verfolgt weiterhin eine komplette Entkopplung von Ethik und Finanzwirtschaft. Die GRÜNEN fordern **die Einführung von ethischen Fragen ins Anlageberatungsgespräch**, was ihnen von Seiten der CDU und FDP den Vorwurf der Paternalisierung, also der Bevormundung einbrachte.

6. Im Zuge der **Bankenabwicklung** stellte sich die interessante Frage, ob die Deutschen die Iren gerettet haben oder umgekehrt die Iren die Deutschen. Schick ist der Meinung, dass Letzteres der Fall ist: 2010 beschloss die irische Regierung, dass die Geldgeber der verschuldeten Banken zur Kasse gebeten werden sollten und der Steuerzahler geschont. Die europäische Zentralbank hat Irland gezwungen, die Schulden der Banken aus der Staatskasse zu begleichen. Die folgende Staatspleite Irland wiederum wurde durch europäische Hilfsfonds gemildert. An diesem Beispiel zeigt sich, dass es sich nicht um eine Staatsfinanzkrise handelt, sondern um eine Bankenkrise, die aus politischen Gründen zu einer Finanzkrise gemacht wurde. Da viele deutsche Banken in Irland engagiert waren, rettete die Europäische Zentralbank letztendlich vor allem die deutschen Banken. Unnötig zu erwähnen, dass die zustimmende deutsche Linie hier von der Deutschen Bank bestimmt war. Viele deutsche Finanzinstitute haben den irischen Bauboom und somit die Immobilienblase finanziert. Sie wurden so von jeglicher Mithaftung befreit. Nach Schätzungen von Schick hätten man 35 Mrd Euro bei der Bankenabwicklung europaweit

einsparen können, wenn die Anleger, nicht die Kleinsparer, verstärkt in Mitverantwortung genommen worden wären. In den USA sind 460 Regionalbanken abgewickelt worden ohne Beteiligung des Steuerzahlers. Einen entsprechenden Bankenabwicklungsfond für Europa hat CDU/FDP konsequent verhindert. Letztendlich zahlen die kleinen Steuerzahler in Südeuropa jetzt die Zeche für den Großbankenanlegerschutz in Europa.

7. Die Tatsache, dass die **Staatsverschuldung in der Eurozone ungebrochen weiter ansteigt** und dass ohne einen Schuldenschnitt weitere Hilfspakete unumgänglich sind, wird von der Regierung nicht thematisiert. Entsprechende europäische Gremientermine wurden auf betreiben der Bundesregierung auf die Zeit nach der Bundestagswahl gelegt. Schick: „Die Krise wird uns nach der Bundestagswahl ungebremst einholen“.

Fragen aus dem Publikum:

*Wie stehen die GRÜNEN zur **Schuldenbremse**?*

Prinzipiell befürworten die GRÜNEN die Schuldenbremse. Sie darf aber nicht zu einseitigen Belastungen führen. In BW z.B. wurden 2,4 Mrd. an strukturellen Defiziten von der Vorgängerregierung übernommen. Diese Altschulden müssen erst einmal abgebaut werden, bevor man wieder politisch handlungsfähig ist. Angesichts der notwendigen Ausgabensteigerungen allein durch Lohn- und Pensionslasten ist Sparen unumgänglich. Die Schuldenbremse greift 2020. Im Bundestag war Schick wegen der zu befürchtenden sozialpolitischen Verschlechterungen ursprünglich gegen eine Schuldenbremse, er beugte sich dann aber als guter Parteidemokrat der herrschenden Linie, die eine Schuldenbremse an Innovationen und Restrukturierungen binden möchte.

*Die Positionen von Schick klingen ähnlich wie die der **LINKEN**. Welche Unterschiede gibt es?*

Es gibt eine Reihe an Unterschieden. Zunächst fällt eine stärkere nationale Ausrichtung bei der LINKEN ins Auge, insbesondere bei Oskar Lafontaine und stellenweise Sara Wagenknecht, die sich zuerst um deutsche Belange kümmern möchten und zweitrangig an innereuropäischer Solidarität interessiert sind. Das färbt auch auf die Bewertung des Euro ab, hier gibt es viele eurokritische Stimmen bei der LINKEN. Die GRÜNEN sind europazentriert sehen Europa als Gesamtprojekt. Es gibt kein eigentliches Euro-Problem, sondern nur eine grundfalsche Finanz- und Wirtschaftspolitik im Euroraum.

*Mit welchen Mitteln wurde **Irland** zur Aufgabe seiner ursprünglichen Bankenabwicklungspläne durch die EU gezwungen?*

Alle Banken hängen an der Refinanzierung durch die Europäische Zentralbank. Insofern entscheidet diese über die Grundlinien der Finanzpolitik in Europa.

*Wo ist das **ganze Geld geblieben**, das in der Finanzkrise „verbrannt“ wurde?*

Auch wenn es zynisch klingen mag: Es ist gut, dass Geld vernichtet wurde, denn dieser Prozess stellt tendenziell das Gleichgewicht zwischen Finanz- und Realwirtschaft wieder her. Die turnusmäßigen Krisen stabilisieren das liberalisierte Finanzsystem. Andererseits gibt es auch Gewinner der Finanzkrise. Mancher Hedgefond hat Milliarden verdient mit seinen Wetten auf die Krise. Der Bundeshaushalt hat durch die niedrigen Zinsen profitiert. Im Fall von Zypern muss man festhalten, dass ganze 10 Monate zwischen der Bankenkrise und der Intervention lagen. In dieser Zeit konnten sich die Großanleger aus dem Staub machen. Die Kosten trägt jetzt der kleine Steuerzahler in Zypern.

Es war wichtig, eine **unkontrollierte Bankenpleite zu verhindern**. Aber man hätte viel mehr **Pleitebanken kontrolliert bankrott** gehen lassen müssen. Die Einlagen der Kleinsparer wären durch den Einlagensicherungsfond gedeckt gewesen und institutionelle und Großanleger hätten Verlust in Höhe von 10-30% auf ihre Einlagen gehabt. Dieses wäre der gerechtere und günstigere Weg gewesen, als

die Krise durch ständige Hilfspakete aus Steuermitteln künstlich zu verlängern, weil so auch die Spekulation wieder angeheizt wird.

Die amtierende CDU/FDP-Regierung profiliert sich immer wieder als **Lobbyist** der Finanzwirtschaft. So forderten die GRÜNEN im Finanzausschuss zur Bankenregulierung auch unabhängige Wissenschaftler und nicht nur die von der Regierung vorgeschlagenen Bankexperten. Wichtig ist die Einführung eines **Lobbyregisters**, das bisher verhindert wird und eine verstärkte **Offenlegung sämtlicher Einkünfte von Abgeordneten und Experten**. Auch beim Thema **Bankergehälter** zeigte sich die Bundesregierung sehr bankfreundlich. Selbst die mit öffentlichen Geldern gestützte Commerzbank kann nach einer Intervention der Regierung ihren Managern jetzt wieder zu Gehältern und Abfindungen über 500.000 Euro verhelfen.

Was im Moment zu beobachten ist, nennt der Finanzexperte „financial repression“: Die **Zinsen sind niedriger als die Geldentwertung**, was zu einer stillen Vernichtung von Vermögen führt. Dieses Thema verschweigen die Regierungsparteien im Moment tunlichst. Entgegen der von der Regierung immer wieder betonten Behauptung, sind deutsche Banken im internationalen Vergleich keineswegs gut aufgestellt, sie sind ungewöhnlich schwach kapitalisiert.

*Sollte man Banken nicht besser **verstaatlichen**?*

Davon hält Schick nichts. Die verfehlte Spekulationspolitik einiger Landesbanken (WestLB, SachsenLB) zeigt, dass Banken in Hand von Politikern nicht besser sein müssen. Wichtig ist Bankenkontrolle auf Augenhöhe.

Andrea Sieber stellt sich vor:

Zunächst möchte sich Andrea Sieber als Bundestagswahlkandidatin für den Wahlkreis Waiblingen für die **Energiewende** in Bürgerhand vor Ort stark machen. Fellbach hat zwar Windräder, aber die stehen auf der Alb und in der Ostsee. Mithilfe neuer Speichertechnologien und in Zusammenarbeit mit Bürgerenergiegenossenschaften lässt sich auch vor Ort viel erreichen. Dezentrale Energieerzeugung spart unnötige Leitungskosten. „Das Remstal ist eine Hochburg für Käpsele und ihre Patente“. So soll es auch bleiben. Erste Initiativen in Richtung Strohvergasung sind im Kreis gesetzt. In der **Landwirtschaft** möchte Andrea die Massentierhaltung abschaffen und die kleinbäuerlichen Strukturen stärken. Bei den **Kindertagesstätten** für Kinder von 0-6 Jahren sieht Andrea Sieber nicht nur die Ganztageseinrichtungen im Fokus. Die Plätze müssen je nach Bedarf angeboten werden. Es geht nicht um die Schaffung einer quasi sozialistischen Kindergartenstruktur mit obligatorischem Ganztagesbetrieb. Die Kommunen im Kreis und Fellbach erreichen das angepeilte Ziel von 35% Versorgungsquote. Ob diese Ausstattung den tatsächlichen Bedarf deckt, muss die Zeit zeigen. Die Lockerungen beim Zugang zu den frühpädagogischen Berufsfeldern kritisiert Andrea Sieber als gelernte Erzieherin und Fachwirtin für Kindertagesstätten. Die geltenden Qualitätsstandards müssen erhalten bleiben. Es darf keine Massenaufbewahrungsanstalten für Kinder geben, genauso wie es keine Massentierhaltung geben darf. Die Sharing-Plätze in den Kindertagesstätten sollten mittelfristig abgeschafft werden, da die Kinder sich so an immer größere Gruppen in stetiger Fluktuation gewöhnen müssen. Auch die Tagespflege mit Gruppen bis zu 9 Kindern darf nicht als billiger Kindergartenersatz missbraucht werden. Gegen den Einwand, dass Kindertagesmütter mit knapp 5.- Euro pro Stunde sehr schlecht bezahlt werden, bemerkt Andrea, dass Tagesmutter kein Beruf im klassischen Sinn ist, sondern eine auf einen bestimmten Lebensabschnitt bezogene Tätigkeit. Der Ausbau von Kitas muss aus drei Gründen noch forciert werden:

- als Infrastruktur für gleiche Startbedingungen, auch gerade im Spracherwerb
- weil die Stärkung der Berufstätigkeit von Mütter deren Risiko für Altersarmut mindert
- weil die Mittel für das Betreuungsgeld so sinnvoller eingesetzt werden können